

Merseburger Tageblatt

Bezugspreis in der Stadt für Abholer monatlich 28 Mt., durch Boten bezogen monatlich 30,25 Mt., bei **Postbezug** monatlich 32 Mt. frei Haus. Gehalt monatlich nachmittags. Einzelnummern 1,50 Mt. Postbestimmungen: Amt Leipzig Nr. 1634. Geschäftsstelle: Bäckerstraße 4. Für unbetretene Zustellungen wird keine Gewähr geleistet. Erfüllungsort: Merseburg.

(Kreisblatt)
Unparteiische

Anzeigenpreis Der Sechspaltige Millimeter Saßraum 1,50 Mt. und der Sechspaltige Millimeter Reklameraum 6 Mt. Die laufende Monatsauftrag wird vom Besieger auf seine Angaben bei deren Aufgabe mit 6,00 Mt. in Zahlung genommen. Hefengebühr 75 Pf. Porto besonders. Anzeigen nach 10 Uhr. Sonntags 10 Uhr. Preisprokr. Nr. 100. Belegnummer wird berechnet.

Zeitung für Stadt u. Kreis Merseburg

(Mitglied des Vereins Deutscher Zeitungsverleger)

Herausgeber Ludwig Balk.)

mit Umfassen Anzeigen der Merseburger Kreisverwaltung und anderer Behörden

Nr. 151.

Montag, den 10. Juli 1922

162. Jahrgang.

Tageschronik

Ausliche Erklärung der Zahlungsunfähigkeit des Reichs für die Reparationszahlungen.
Die Sozialdemokraten fordern Reichstagsauflösung.
Im Ruhrkohlengebiet droht neuer Streik.
Die Thüringer Landespolizei wird radikalisiert.
Deutschland erachtet am Ermäßigungs seines Nichtbeitrags zu Frankreich.
Stollartus 517 nach 558.

Die innere politische Lage.

Wie der „Vorwärts“ mitteilt, haben in der gestrigen Besprechung der Führer der Koalitionsparteien mit dem Reichstagsleiter die Vertreter der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion mehrfach zu erkennen gegeben, daß sie die Situation als äußerst ernst betrachten und keineswegs daran denken, sich mit einem vermittelnden Geleit zum Schutze der Republik zufriedenzugeben. Man will also für ernstlich auf eine Reichstagsauflösung lossteuern und evtl. durch Generalkonferenzen die Regierung auf die Knie zwingen. Daß auch die Regierungsmitglieder der SPD diese Ansicht der Partei begünstigen, scheint aus der nachstehenden Meldung unseres Berliner Vertreters hervorzugehen:

Meine Verdringung der Reichspräsidentenwahl.

Ich höre von parlamentarischer Seite, daß der Reichskanzler Dr. Brüch beim Reichspräsidenten Wahl mit der Bitte vorstellig geworden ist, anstandslos der jetzigen schmerzhaften innerpolitischen Lage die Reichspräsidentenwahl über den Oktober hinaus zu verschieben. Er hat darauf geantwortet, daß er eine solche Verschiebung nicht wünsche, da sein Gesundheitszustand eine schnelle Entscheidung bedinge. Auch eine neue

Deutsches Reichsmuseum

in Frankfurt, die sich ganz in Reichsdeutschen Bahnen bewegt und die Reichstagsauflösung fordert, scheint zu bestehen, daß sich die SPD ganz dem Nationalismus hingeben zu wollen scheint.

Auch teilt der „Vorwärts“ mit, daß das Büro des internationalen Gewerkschaftsbundes in einer außerordentlichen Sitzung beschließen habe, die Arbeiterinaktivität alle Länder aufzufordern, das heutige Protektorat in seinem Namen gegen Reaktion und Monarchismus wirksam zu unterstützen.

Die Deutsche Volkspartei zur Lage.

In Berlin tagte am Sonntag der Reichsausschuß der Deutschen Volkspartei in einer aus allen Reichstagsabgeordneten, mit auch von den Abgeordneten des Reichstags und des Landtags Karl Lehmann, dem Reichsausschußleiter des Abg. Dr. Stresemann, nahm der Reichsausschuß einstimmig folgende Entschlossenung zur politischen Lage an:

„Der Reichsausschuß der Deutschen Volkspartei erhebt einmütig Protest gegen die Verheerung unseres öffentlichen Lebens durch Mordorganisationen und durch Ausschaltung der Mordinstanz. Die schändlichen Missetaten gegen solche Mordinstanz und Organisationen finden keine Zustimmung.“

Der Streik um die Frage der Staatsform hat in dieser schmerzlichen Not unseres Vaterlandes zu schweben. Wir sind der Überzeugung, daß der Wiederaufbau Deutschlands nur auf dem Boden der republikanischen Verfassung möglich ist. Deshalb stimmen wir einen Schluß der Verfassung und der Verfassung der Reichstagsfraktion, an dem Geleit zum Schutze der Republik mitzumachen, zu. Wir sind mit der Annahme des Gesetzes einverstanden, wenn ihm der Charakter eines einseitigen Ausnahmegesetzes genommen wird.

Von der Regierung verlangen wir Wiederanrufung der Staatsautorität gegen die Herrschaft der Straße und erheben den schärfsten Einspruch gegen die unerscherten Ausschreitungen bei den letzten Demonstrationen. Wir werden uns weiter gegen jede Zerschlagung der Verfassung und unserer großen vaterländischen Geschichte. Wir wollen die Reichslage gegen Verdrängung und Verdrängung gelüht wissen; aber wir wenden uns ebenso gegen jede Verschönerung der schwarz-weiß-roten Farben, die uns nicht Farbe einer Partei, sondern Schmutz der nach harten geschichtlichen Kämpfen erregenden deutschen Gemüter sind.

Wir haben ungeachtet der Agitation der deutschnationalen Volkspartei über in guten Beziehungen zu ihr zu leben versucht. Im Interesse der notwendigen inneren Verbindung werden wir uns aber gegen jede Verheerung und durch radikalistische Elemente mit radikalistischer Schärfe.

Zahlungsunfähig.

Es wird nunmehr amtlich bestätigt, daß die Reichsregierung in Paris um ein Moratorium nachgedacht habe, weil sie zurzeit außer Stande sei, die ihr auferlegten Kontributionszahlungen zu leisten. Man wünscht die Verzögerung auf einen längeren Zeitraum zu verlegen. (Die Regierung müßte zwar wissen, daß das keine Hilfe, sondern nur ein Aufschub der Katastrophe bedeutet!) Die Staatssekretäre Fischer und Schröder sind am Sonnabend nach Paris abgereist, um mit Mitgliedern der Reparationskommission zu verhandeln. An diesen Verhandlungen wird sich später auch Staatssekretär Bergmann beteiligen.

In Paris herrscht natürlich od dieses, zwar längst vorausgesehenen Ereignisses große, wohl etwas künstliche Erregung. Man fürchtet aber ernstlich für den Frankreich, der ernstlich auch ins Geleite gerät.

Wie verlautet, will die französische Regierung das Morgantomitee zu sofortigem neuem Zusammentritt veranlassen. Die Reparationskommission ist am Sonnabend zu einer dringenden Sitzung zusammengetreten, um über die Lage zu beraten.

Die in London eingetroffenen Nachrichten über die finanzielle Lage Deutschlands erfüllen die Dönnigstrett mit schmerzlicher Beforgnis. Für Montag ist eine Konferenz Lloyd Georges mit Sir Albert Dorne anberaumt, in der die Reparationsfrage und die Gesamtfrage Deutschlands zur Behandlung kommen sollen. Wenn Deutschlands Lage sich nicht bessert, will allen Ansichten nach die Konferenz zwischen Lloyd George und Poincaré, die sonst erst Ende Juli hätte stattfinden sollen, schon in einigen Tagen vor sich gehen. Wenn Frankreich Regierungsmaßnahmen gegen die neue Devisen Spekulation bei uns verlangt, so ist das einfach lächerlich. Solche Derouten können nicht Spekulation herbeigeführt werden. Der Markkurs findet überdies ja eine mehr als natürliche Erklärung.

Lloyd George hat im übrigen auch mit dem italienischen Außenminister Schanzer verhandelt und ihn augenscheinlich zu einem Vermittlungsversuch bei Poincaré veranlaßt. Schanzer hatte darauf am Sonntag vormittag eine zweitägige Unterredung mit dem französischen Ministerpräsidenten, die aber völlig ergebnislos verlaufen zu sein scheint. Am bearbeitet man in London den dortigen amer. Vorkämpfer, um mit seiner Hilfe Washington zu einer tatkräftigen Intervention in Paris zu veranlassen. Auch der amerikanische Bundesratspräsident in Berlin soll einen sehr pessimistischen und warnenden Bericht nach Washington geschickt haben. Es ist aber mehr als zweifelhaft, ob Amerika aus seiner Reserve herauszubringen ist. Die Pariser Presse hält sich in Zurückhalten. Es muß angenommen werden, daß Frankreich in zerrungenen Umständen Englands weitere Beistellungen im Rheinland zur „Sicherung seiner gerechten Ansprüche“ plant und vorbereitet. Darauf beruht auch der Umstand hin, daß die

französische Kammer bis zum Oktober vertagt ist. Auch der Senat ist in die Ferien gegangen. Poincaré dürfte also freie Hand für seine Sanftionspläne erhalten haben.

Unsere Parteifreunde im Reich fordern wir auf, im Sinne dieser Richtlinien die Politik der Partei zu führen und zu unterstützen.“

Die K.P.D. aus der sozialistischen Arbeitergemeinschaft ausgeschlossen.

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, der Allgemeine freie Angestelltenbund, die SPD und die USPD, veröffentlichten in der Sonnabendausgabe des „Vorwärts“ einen Aufruf, in dem sie sich gegen die Mitglieder der sozialistischen Einheitsfront, namentlich gegen die kommunistische Partei, wenden. Es heißt hier u. a.:

„Jetzt denen die Zeit, die jetzt in Wort oder Schrift die Einigkeit führen oder zu Zeiten versetzen wollen, die nicht unsere gemeinsamen Forderungen und nicht der von uns ausgehenden Parole entsprechen. Die so handeln, gehören nicht zu uns. Keint jede Gemeinschaft mit ihnen ab! Die kommunistische Partei hat sich gewogen, den notwendigen Aufruf wie auch schon den Aufruf vom 3. Juli zu unterstützen. Damit ist die kommunistische Partei aus der Arbeitergemeinschaft der genannten Organisationen ausgeschlossen.“

Vom Streikfieber.

Mein neuer Streik am Dienstag.
Zu den Redaktionen, daß am nächsten Dienstag wiederum ein Demonstrationstreif stattfinden soll, erfährt der „Vorwärts“, daß daran kein wahres Wort sei.

Drohende Arbeitsniederlegung im Ruhrbergbau.

Der Verband der Bergarbeiter Deutschlands, der Deutsche Metallarbeiterverband, der Zentralverband der Maschinisten und Heizer und der Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands haben einen Aufruf an die Ruhrbergwerke erlassen, in dem es u. a. heißt: „Die Verhandlungsmöglichkeiten mit den Zecheneigenen sind bis zur Spitze erschöpft. Soll der Unternehmerrückblick gebrochen und ein einseitig annehmbarer Tarifvertrag für die Bergarbeiter durchgesetzt werden, dann bleibt nur die Anwendung des letzten gewerkschaftlichen Mittels übrig. Wir rufen an die gesamte Ruhrbergwerkschaft die Aufforderung, sofort die Massenaktionen vorzubereiten.“ Die unterzeichneten Verbände fordern die Beibehaltung des veralteten Gedingesystems, Erhöhung des Minimallohns, neue Richtlinien zum Betriebsratsgesetz, die Einführung der Soziallohnes für Krankeinstage usw.

Warnung der christlichen Bergarbeiter

Esien, 8. Juli. Der Gewerksverein christlicher Bergarbeiter erläßt einen Aufruf an seine Mitglieder, in dem er die Teilnahme an einem Ruhrbergwerkestreik ablehnt, da noch Verhandlungsmöglichkeiten vorhanden seien. Ein Streik würde unsern Christen mit anderen gewerkschaftlichen Zechen verlegen, daß die Geldwertung und Zerstörung rasch zunähme. Auch werde durch einen Streik die Gefahr einer Besetzung durch die Ententruppen heraufbeschworen.

Eine Milliarde Demonstrationsschäden.

Die Streiftage „am Schutze der Republik“ im Ruhrgebiet. Bei den Bergarbeitern im Ruhrgebiet hat die für den 4. Juli anberaumte zweite Arbeitsniederlegung nicht die von den Führern erwartete Beteiligung gefunden. In 20 Bergwerken sind auf mehr als 100 Schächten die Beschäftigten vollständig oder mit wenigen Ausnahmen angefahren. Der Forderungsausfall am 2. Demonstrationstage beträgt 90 000 T. Der Wert der an den beiden Demonstrationstagen ausgefallenen Förderung (rund 350 000 T.) und die Gesamtsumme des ausgefallenen Lohnes 500 000 000 Mt. Wenigstens ebenso hoch sind die sonstigen Schäden zu veranschlagen, so daß man wohl nicht fest steht, wenn man den Gesamtschaden auf 1 Milliarde Mark besetzt.

Die Zeit-Werte vor einem politischen Streik.

In der örtlichen Werstatt Karl Zeit-Werte und in den Glaswerken von Schott u. Co. in Jena fand am Sonnabend Urabstimmung über einen Eintritt in den Streik statt. In der Firma Karl Zeit stimmten 69 Prozent der Beschäftigten und in den Glaswerken Schott u. Co. 85 Prozent für den Streik. Die Betriebsräte haben auf Grund dieses Ergebnisses für Montag früh die Streiftabelle ausgeben. Forderung der Arbeiterinaktivität ist Bezahlung der für die letzte Demonstration verbliebenen Arbeitsstunden und Gewährung von bezahltem Urlaub für 50 Arbeiter, die jetzt die Landespolizei verhaften sollen.

Ausnahmefreiheit gegen die streikenden Buchdrucker?

In der Generalversammlung der Berliner Buchdrucker erklärte der Gewerkschafts-Minist nach dem „Mastenlamp“ der Versammlung, daß er wohl ohne Befragen und Zustimmung der Generalversammlung die Arbeiten der Reichsdruckerei gestiftet habe, aber nur unter dem höchsten Druck der Regierung. Er habe persönlich mit dem Reichskanzler konferiert, der damit gedroht habe, ein Notgesetz (Ausnahmefreiheit) gegen die Buchdrucker zu erlassen, wenn die Arbeiten der Reichsdruckerei, besonders der Notendruck nicht fortgesetzt würden.

Die Generalversammlung beschloß, immer dem „Mastenlamp“, zufolge, diesen Drohungen der Reaktionsregierung damit zu begegnen, daß sie darauf bestche, daß sämtliche Arbeiten der Reichsdruckerei und der Staatsdruckerei inklusive der Notendrucke unterbleiben müssen. Die Befähigung dieser Angaben wird man abwarten müssen. Sie geben übrigens auch nette Illustrationen zur Christlichen Erklärung: Der Feind steht rechts!

Im übrigen ist die Streiftage in Berliner Zeitungs- und Buchdruckgewerbe unverständlich.

Aus Kreis und Nachbarreisen

Sein Baden ertranken.
Schonau, 7. Juli. Die 13jährige Gerda Brüdigam und die 15jährige Clara Knuth ertranken beim Baden in der Saale...

Der Kellnerstreik.
Halle, 10. Juli. Die Arbeiter im Gasthausgewerbe geben folgende Erklärung: Nicht um die Höhe der Entlohnung handelt es sich beim Streit...

Selbstmord.
Halle a. d. S., 10. Juli. Mit Klugeingicht brachte sich in der Oberstraße eine ledige Frau um, nachdem sie sich zuvor vergeblich in die Saale gestürzt hatte.

Weisenseife folgt dem Beispiel Giesebens.
Weisenseife, 7. Juli. In der gestrigen Stadtverordnetenversammlung wurde die kommunalpolitisch-fiskalische Stadtverordneten-Mehrheit der Beschluß gefasst, das Brombeeren-Weisenseife...

Ein großer Waldbrand.
Mettbus, 9. Juli. Ein riesiger Waldbrand entstand Donnerstag nachmittag durch Ausbreiten auf der Waldstraße Zornberg Weiswasser bei der Schele Oberlausitz.

Schweres Unwetter im Stettiner Bezirk.
Stettin, 7. Juli. Bei einem am Donnerstagnachmittag über Stettin niedergegangenen Gewitter wurde schwerer Schaden angerichtet.

Furchtbares Unglück.
Schandau, 9. Juli. Ein furchtbares Unglück ereignete sich bei der Ebbriede von Schredenstein. Ein Schillersauleger verlor die linke Straßentrümmerung...

Demige Turner von Tübingen überfallen.
Stotman, 9. Juli. Heute um 2 Uhr nachts wurde der Sondernburg, der die Turner des Riesengebirges nach Stotman führen sollte, in der Station Oberlautendorf bei...

Lezte Depeschen

Der amerikanische Patentraub.

Paris, 10. Juli. Die Forderung Hardings auf Mit-erklärung der deutschen chemischen und Farbstoffpatente durch die Chemical Invention Company an die amerikanische Regierung veranlaßte den Präsidenten der Company zu der Behauptung, daß die Regierung zu diesem Vorgehen durch drei Deutsche: Rudolf Oppenheimer, Hans Wagner und Albert Holtermann verleitet wurde...

Teilweise Arbeitsaufnahme durch die amerikanische Eisenbahner.

New-York, 10. Juli. (Sig. Draht). Die Lage im amerikanischen Eisenbahnestreit hat sich während der letzten Tage gebessert. Einem Chicagoer Arbeiter zufolge hat ein Teil der Werkstättenarbeiter die Tätigkeit wieder begonnen.

Der heutige Dollarkurs.

Berlin, 10. Juli. (Eigener Drahtbericht). Der Dollarkurs steht heute mittags, nachdem er im Laufe des Vormittags auf 533 gesunken war, auf 517.

Drohender Schiffsarbeiterstreik am Rhein und Ruhr.

Duisburg (Ruhr), 10. Juli. (Eigener Drahtbericht). Das bei den holländischen Reedereien beschäftigte Schiffsarbeiterpersonal hat durch den holländischen Transportarbeiterverband Forderungen an die Unternehmensleitung eingereicht. Diese gehen dahin, daß eine im vorigen Jahre erfolgte 10prozentige Lohnherabsetzung zurückgezogen wird...

Englisch-französischer Notenwechsel in der Orientfrage.

Paris, 10. Juli. Wie das Echo de Paris meldet, hat die englische Regierung am Donnerstag der französischen Regierung von überaus zahlreichen Fischen, Soldaten, Verarbeitern usw. überfallen. Die Vorkomitee wurde aufgelöst, und dann begann eine fürchterliche Verhandlung...

Regierung eine Note über die Orientfrage überreichen lassen, die eine gewisse Verrückung im Standpunkte des Foreign Office darstellt. Curzon und Balfour hatten es als unmöglich und sogar als schädlich bezeichnet...

Oesterreich will seine Staatsrenten selbst behalten.

Paris, 10. Juli. Die Reparationskommission beschäftigt sich in der gestrigen Sitzung mit dem Gläubiger der österreichischen Regierung, das Privilegium, das der Vertrag von St. Germain den alliierten Regierungen über die Aktien Oesterreichs, namentlich über die Einkünfte aus den Zellen, Forten, Domänen und Salinen usw. ein Tabakmonopol zuspricht, aufzuheben...

Waffen- und Dokumentenfabrik in Ulster.

Belfast, 9. Juli. (Sig. Draht). Die Polizei von Ulster fand im Hauptquartier der irischen republikanischen Armee ein großes Lager von Bomben, Waffen, Munition und wichtige Dokumente.

Wiederkehr des polnischen Kabinetts.

Warschau, 9. Juli. (Sig. Draht). Der Rücktritt des Kabinetts Desbiński erfolgte infolge eines Misstrauensvotums der Rechten, der mit 201 gegen 195 Stimmen angenommen wurde.

Die Unruhen in Rio.

Paris, 9. Juli. Der Belagerungsstand in Rio de Janeiro wurde aufgehoben, da die Aufstände unter dem Kommando von General G. P. da Fonseca, der das Rebellenheer von Copacabana kommandierte, wurde gefangen genommen. Nach dem General selbst wird noch gefangen...

Der Reichsbürgerrat und das Schutzeis.

Berlin, 10. Juli. (Sig. Drahtbericht). Das Präsidium des Reichsbürgerrats hat an die bürgerlichen Fraktionen des Reichstages eine Eingabe gerichtet, in der darauf hingewiesen wird, daß jede Ausnahmebestimmung in der Schutzeis zu dauernden politischen Kämpfen führen müsse...

besetzten, doch bröckelten die Kurve unter Mittag wieder ab. Die Tendenz blieb unklar. An der 9 Uhr 40 Minute wurde das Geschäft sehr ruhig. Die Kurve bröckelte wieder langsam ab. Der Dollar war zum Schluss aufgeben mit 515, London mit 290 und Prag mit 1146.

Reisener Viemacht vom 8. Juli: Amtlicher Bericht, Auftrieb 2431 Rinder, 1235 Kühe, 7635 Schafe, 4024 Schweine, 37 Ziegen und 68 Schweißene aus dem Memelgebiet. Preise für einen Zentner Lebendgewicht: Schafe 2400-3400, Bullen 2400-3300, 1200-3300, Kühe 2100-3300, Schafe 1000-38, Schweine 5000-6400, Ziegen 1900-2000, Rindfleisch: 84 Rindfleisch und 81 Rindfleisch, ziemlich gut, bei Schafen und Schweinen in guter Ware gut, sonst ruhig.

Berliner Petroleum vom 8. Juli: Butter: Trotz der hohen Preise zeigt der Konsum nur geringe Abnahme und konnten die Zufuhren zu unveränderten Preisen untergebracht werden. Die heutigen amtlichen Notierungen sind pro Pfund: erste Qualität 91, 2te 89, 3te 87, 4te 85, 5te 83, 6te 81, 7te 79, 8te 77, 9te 75.

Margarine: Die Preise wurden um 6 Mark je Pfund seitens der Fabriken erhöht und dieselben sind 51 bis 60 Mark je nach Qualität. Auch zu diesen Preisen ist Ware knapp und schwer erhältlich.

Berliner Güter-Auktion. Die Auktion wurde am Sonntag fortgesetzt. Die Beteiligung kamen etwa 86.600 Stück Rind- und Schaffleisch, 5189 Stück Kaserfleisch, 4655 Stück Rohschaf, der lebhaftere Verkauf zog die Preise gegen die Vormittagsdurchgang um 30 bis 50 Prozent an.

Turnen, Spiel und Sport. Nationales Württemberg des Sports. 02 in Eöthen. Wettbewerbs würdige Vertretung bei diesem Württemberg. Leider hatte die große sportliche Veranstaltung sehr unter der schlechten Witterung zu leiden und veranlaßte manche Stürze: Sportverein 99 Merleburg lieferte spannende Kämpfe. Besonders die Olympische Stafel war das höchste Rennen des Tages. Nur eine Handbreit hinter deutscher 2. C. Berlin ländere Merleburg 99 als zweiter. Die Resultate der Wettbewerbs sind folgende: 1. 1500 Meterlauf: 2. G. G. Merleburg 99 (hinter Otto Germania Merleburg), 4. W. B. f. 2. Merleburg, Weissbergung: 3. G. G. Merleburg 99; 400 Meter: 1. K. a. n. Merleburg 99 in 53,8 Sek. (überlegen); 500 Meter: 2. B. B. f. 2. Merleburg 99 (hinter B. B. f. 2. Merleburg); 3. G. G. Merleburg 99; 1000 Meter: 3. G. G. Merleburg 99; 2000 Meter: 3. G. G. Merleburg 99; 4000 Meter: 3. G. G. Merleburg 99; 8000 Meter: 3. G. G. Merleburg 99; 16000 Meter: 3. G. G. Merleburg 99; 32000 Meter: 3. G. G. Merleburg 99.

Einem neuen Schwimmweltrekord

erzielte Johnny McDermid, der 220 Yards im freien Stil in 16 1/2 Minuten, in 3 Minuten 41 1/2 Sekunden, im Freistil. Den letzten Rekord hatte kein Schwimmer Mac Gillibray seit 1917 mit 2 Minuten 24,2 Sekunden.

Handel und Verkehr.

Devisenkurs unklar. Berlin, 8. Juli. Der Sonnenabendbericht am Devisenmarkt kann den letzten größter Unklarheit. Die Mark hatte sich an der New-Yorker Rabbiner am Freitag auf 214 befestigt, was einer Dollarpatrie von 470,50 entspricht. Der Bericht entwidete sich sehr abgerund. Man nannte den Dollar anfänglich mit 486 bis 490, London mit 2160 bis 2175. Größere Geschäft konnte sich nicht entwickeln. Die starkste Jage im Laufe des Vormittags wiederum an, doch war die Tendenz dauernd größerer Schwankungen unterworfen. Man war daher außerst zurückhaltend. Der Dollar konnte sich vorübergehend bis auf 534 zu 538

Der Wert der Mark im Auslande.

Table with columns: City, Exchange rate (100 Marks), Gold/Silver price, Unit. Rows include Zürich, Amsterdam, Copenhagen, Stockholm, Wien, Prag, London, New-York, Paris, Rom.



Beilage zu Nr. 159 des Merseburger Tageblattes

Montag, den 10. Juli 1922

Das Schicksal im Rechtsauschuß des Reichstages

Im Rechtsauschuß des Reichstages wurde der Gesetzentwurf zum Schutze der Republik am Sonnabend weiterberaten. Zur Diskussion standen die Paragraphen, die den neu zu errichtenden

Staatsgerichtshof

behandeln. Zu den zahlreichen Vorträgen der verschiedenen Parteien, die bei Behandlung dieses Gegenstandes vorgebracht wurden, erstarrte Reichsjustizminister Dr. Radbruch, daß gerade aus der Gegenständlichkeit der Vorschläge von rechts und links sich zu ergeben scheint, daß die Reichsregierung mit ihrer Gesetzesvorlage die richtige Mitte einhalte.

Der bayerische Gesandte v. Regner wandte sich gegen die Ausführungen Dr. Rosenfelds. Das ist der Staatsgerichtshof anders, als ein Eingriff in die durch die Verfassung gewährleistete Regie. Wir haben im Reichsrat beantragt, daß ein Senat des Reichsgerichts mit der Aburteilung dieser Begehren betraut wird um die Verfassung zu wahren.

Abg. Dr. Kahl (D. Vp.) lehnt die Errichtung eines neuen Staatsgerichtshofes ab, da damit dem Gerichtshof der Charakter eines Ausnahmegerichts gegeben sei. Dr. Kahl verlangt ebenfalls den Anschluß an einen Senat des Reichsgerichts. Zum mindesten müsse er aber fordern, daß bei Erneuerung der Mitglieder des Staatsgerichtshofes die Zustimmung des Reichstages eingeholt werde. Ministerium für Staatsgerichtshof fungieren.

Abg. Dr. Bell (Z.) richtete an den Reichsminister folgende

formulierte Anfrage:

Wollte der vom Zentrum und von den Demokraten beantragte Zusatz über Mitwirkung des Reichsrates ins Gesetz aufgenommen wird, nach welcher Gesichtspunkten und auf Grund welcher Prüfung soll dann die Ausübung der Ernennung des Reichspräsidenten erfolgen? Soll vor Ernennung Prüfung mit dem Präsidenten des Reichsgerichts genommen werden? Soll den berechtigten Interessen der Länder auf entsprechende Berücksichtigung Rechnung getragen werden?

Reichsjustizminister Dr. Radbruch erwiderte, daß er die Zuficherung abgeben könne, es werde den Wünschen des Reichsrates Rechnung getragen werden. Der Reichsgerichtspräsident werde selbstverständlich gehört werden. Daß in verhältnismäßig großer Zahl auf Volksvertreter zurückgegriffen werden müsse, sei nur notgedrungen geschehen. In Zukunft soll darauf Wert gelegt werden, den Kreis der

Volksvertreter zu beschränken und andere prominente Persönlichkeiten heranzuziehen.

Abg. Dr. Stresemann (D. Vp.) beantragte, daß ausgeschlossen von der Ernennung zu Mitgliedern des Staatsgerichtshofes Mitglieder des Reichstages oder eines Landtages sein sollen.

Eine Erklärung des Zentrums.

Nach der Mittagspause gab Dr. Bell (Z) für seine Fraktion die Erklärung ab, daß seine Parteifreunde den größten Wert darauf gelegt hätten, die berechtigten Interessen der Länder durch gesetzliche Festlegung der Mitwirkung des Reichsrates bei Ernennung der Mitglieder des Staatsgerichtshofes zu schützen im Sinne des demokratischen Antrages oder der sonst des Vermittlungsvorschlages des Zentrums. Nachdem die Reichsregierung bei ihrem ausdrücklichen „Annehmen“ geblieben sei, andererseits aber eine entgegenkommende Erklärung über das beabsichtigte Verfahren abgegeben habe, läßen der Redner und seine Parteifreunde sich zur Behütung des angebotenen Schutzes der ganzen Vorlage gezwungen, ihren Antrag, soweit er sich in den letzten Worten auf den Reichstag beziehe, zurückzuziehen. Im vollen Vertrauen auf die Loyalität des Reichspräsidenten und in Verlaß der Antwort des Reichsjustizministers auf die an ihn gerichteten Fragen des Zentrums treibe aber der Redner die bestimmte Erwartung aus, daß trotz der leider nicht ermöglichten gefälligen Festlegung einer Mitteilung des Reichsrates auf die berechtigten Interessen der Länder bei Ernennung der Mitglieder des Staatsgerichtshofes genügend Rücksicht genommen werde. Die Frage der Gewaltenteilung wurde bis zur zweiten Lesung zurückgestellt.

Abg. Dr. Levy (Nabh.) beantragt, daß auch das Flagen der schwarz-weißen Fahne unter Strafe gestellt

werden solle. Von deutschnationaler Seite wurde dagegen betont, daß dann auch das Flagen mit der roten Fahne über das Flagen des Zentrums unter Strafe gestellt werden müßten. Abg. Schäfers (D) erwidert, daß das Flagen mit der roten Fahne keine antirepublikanische Gesinnung bezeuge. Abg. Levy (Nabh.) hielt diese Argumentation der Deutschnationalen für nicht stichhaltig. Der Sozialist bedeute nicht so den Mittelpunkt oder das Zentrum einer gegen den Bestand der deutschen Republik gerichteten Bewegung wie es im Laufe der letzten Monate die schwarz-weiße Fahne gewesen sei.

Zusammenfassung des Staatsgerichtshofes.

Drei Mitglieder des Staatsgerichtshofes müssen Reichspräsident sein. Ferner wurde ein Zentrumsantrag angenommen, daß diese Mitglieder auf Vorschlag des Reichsgerichtspräsidenten ernannt werden sollen. Ferner wurde ein Antrag der sozialdemokratischen Parteien angenommen, wonach nicht die Reichsanwaltschaft Anklagebehörde ist, sondern

öffentlicher Ankläger - ein vom Reichsjustizminister zu ernennender Kommissar sein soll.

Die Verhandlungen mündeten sich nunmehr der Frage der verordneten Berechtigungen zu. Zum Schluß entspann sich noch eine Diskussion über die Geltungsdauer des Gesetzes, die schließlich auf fünf Jahre von Tage der Verkündung ab festgelegt wurde. In später Abendstunde vertagte sich der Ausschuß, um am Sonntag die zweite Lesung des Gesetzes vorzunehmen.

Am Sonntag trat der Rechtsauschuß des Reichstages zusammen, um die zweite Lesung des Gesetzentwurfs zum Schutze der Republik zu bereiten. Abgelehnt wurde ein sozialistischer Antrag, für dieses Gesetz die Todesstrafe abzuschaffen. Nach weiterer Beratung wurde der erste Teil des Gesetzes, in zweiter Lesung im wesentlichen in der Fassung der ersten Lesung angenommen. Darauf wandte sich der Rechtsauschuß der Gesetzesbestimmungen über den Staatsgerichtshof zu und nahm einstimmig einen Antrag der Linken an, daß der Staatsgerichtshof sich aus zwei Mitgliedern des Reichsgerichts und aus fünf Landesrichtern zusammensetze. Außerdem wurde die Vorlage erste Lesung dahin abgeändert, daß Anklagebehörde die Reichsanwaltschaft sein soll. Damit war die zweite Lesung über den Staatsgerichtshof abgeschlossen und der Ausschuß begann die Beratung über die 3. und 4. des Gesetzesentwurfes, die die verordneten Berechtigungen und die Beschlagnahme, sowohl das Verbot von Ernennungen behandelt. Reichsminister des Innern Dr. Koelliker erklärte auf eine Anfrage hin, daß diejenigen Vereine nicht berührt würden, die die monarchistische Gesinnung und das Legitimitätsprinzip in verfassungsmäßigen Rahmen fügen. In fruchtbarer Fassung wurde der betreffende Paragraph auch vom Ausschuß angenommen. Im übrigen blieb bei den Gesetzentwürfen 3 und 4 der wesentliche Text der ersten Lesung unverändert. Bei der Beratung des die Mitglieder vormals landesherrlicher Familien behandelnden Teiles 5 des Gesetzes blieb Paragr. 13, der die Verbanung vormals landesherrlicher Familienmitglieder betraf, wenn sie sich nach dem Gesetze schuldig gemacht haben, gegen die Stimmen der Linken gestrichen. In Paragr. 14 beantragten Abg. des Zentrums und der Demokraten, den Paragraphen so zu fassen, daß Mitglieder vormals landesherrlicher Familien dann, wenn sie ihren dauernden Aufenthalt im Auslande haben, das Betreten des Reichsgebietes unterlag oder auf bestimmte Teile des Reiches beschränkt werden kann. Binnen zwei Wochen kann dann der Betroffene die Entscheidung des Staatsgerichtshofes anrufen. Dieser Antrag wurde angenommen. Bei Beratung der Beschlagnahmen wurde festgestellt, daß schon die Verurteilung eines Mordes mit Gefängnis nicht unter einem Jahr eventuell mit Zuchthaus bestraft werden soll. Als Paragr. 16 wurde in das Gesetz zum Schutze der Republik eingefügt:

